

# Posener Zeitung

Siebendundneunzigster

Jahrgang.

werden angenommen  
in Posen bei der Expedition der  
Zeitung, Wilhelmstraße 17,  
ferner bei H. H. Schell, Hofst.,  
Gr. Gerber- u. Breiterstr.-Ecke,  
Otto Hekisch, in Firma  
J. Neumann, Wilhelmstraße 8,  
in Gnesen bei S. Schrapkowski,  
in Meieritz bei P. Mathias,  
in Breschen bei J. Jabelohn  
u. b. d. Inserat-Annahmestellen  
von G. L. Danke & Co.,  
Saasenstein & Fogler, Rudolf Hesse  
und „Jugendbank.“

Nr. 78.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei  
Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich  
4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz  
Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausga-  
bestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des  
Deutschen Reiches an.

Freitag, 31. Januar.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren  
Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten  
Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevor-  
zugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expe-  
dition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für  
die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1890.

## Am t l i c h e s.

**Berlin, 30. Januar.** Der Kaiser und König hat dem Marine-  
Rendanten Schutz zu Wilhelmshaven bei seinem Auscheiden aus  
dem Dienst den Charakter als Rechnungsrath verliehen.  
Der König hat den Major im Leib-Garde-Gusaren-Regiment,  
Möhrner, in den Adelstand erhoben.  
Der König hat den Ministerial-Direktor im Ministerium des  
Innern, Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsrath Braunbehrens,  
zum Unter-Staatssekretär im Ministerium des Innern ernannt;  
sowie dem Regierungsrath im Ministerium des Innern, zur Zeit  
Mitglied der kaiserlichen Kanal-Kommission für den Bau des Nord-  
Ostsee-Kanals, den Charakter als Geheimer Baurath verliehen.  
Der Departements-Dirigenten Max Preußner zu Danzig ist zu-  
gleich zum Veterinär-Medizinal-Rath des königlichen Medizinal-Kollegiums  
der Provinz Westpreußen ernannt worden.  
Der zum Ober-Pfarrer an der Oberkirche zu Kottbus berufene  
bisherige Superintendent der Diözese Kottbus, Pfarrer Büchel  
in Hohenberg, ist zum Superintendenten der Diözese Kottbus,  
Regierungsbezirk Frankfurt a./O., bestellt worden.

## Preussischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

7. Sitzung vom 30. Januar, 11 Uhr.

Der Präsident theilt dem Hause ein Schreiben des Kaisers  
mit, worin derselbe für die durch das Präsidium dargebrachten  
Glückwünsche zum Geburtstage seinen Dank ausdrückt.

Die zweite Beratung des Etats wird fortgesetzt beim  
Etat der landwirthschaftlichen Verwaltung.

Bei Tit. 1 der Ausgaben „Minister“ tritt  
Abg. Bork (nl.): Für die gesetzliche Regelung der Verhältnisse  
der Kommunalvorstände ein, namentlich in Hinsicht auf die  
Rechtsverhältnisse.

Abg. Schulz-Lupitz (fr.) betont die Nothwendigkeit einer  
rationelleren Wasserwirtschaft im Interesse der Landwirtschaft,  
besonders in den Ueberfluthungsgebieten. Ebenso müßte im  
Interesse der Moorkultur für die Versuchsanstalten höhere Beträge  
ausgeworfen werden. Die Kolonisation der fiskalischen Moore  
müßte nach Kräften gefördert werden.

Abg. Galem (nl.) wünscht eine erweiterte Fürsorge für die land-  
wirthschaftlichen Winterkinder.

Landwirthschaftsminister v. Lucius: Die Verbesserung der  
Stellen der Kommunalvorstände liegt mehr an den Gemeinden als an  
der Regierung. Indessen hat die Regierung in der Rheinprovinz  
und in Hessen das Jährige gethan, um den Wünschen der Kommu-  
nalfürsten nach Regelung ihrer Pensionsberechtigung und der Re-  
sisten entgegenzukommen, soweit das ohne zu große Belastung der  
Gemeinden möglich ist. Eine bezügliche Vorlage ist aber im hiesigen  
Provinziallandtag abgelehnt worden. Eine Entwicklung der  
Wasserwirtschaft nach Vorschlägen der Regierung ist auf den  
Widerpruch der Deichinteressenten gestossen, welche der Regierung  
sämmliche Kosten auferlegen wollen. Nur einige gemeinnützige  
intelligente Großgrundbesitzer haben sich bereit erklärt, solche An-  
lagen zu machen. Ich bin bereit, die nöthigen Mittel zum Theil  
zu schaffen, wenn ein größerer Deichverband sich zur Uebernahme  
des Risikos und eines Theils der Kosten bereit erklärt. Mit kleinen  
Mitteln läßt sich in einer solchen Sache nicht viel machen. Was  
die Ausgaben für die Moorkolonisation betrifft, so könnte ich meiner-  
seits eine Erhöhung des Fonds empfehlen, aber die Finanzlage hat  
allen Respekt vor der Nothwendigkeit, sich zu beschränken, auferlegt.  
Die vorhandenen Fonds reichen völlig zu den laufenden Ausgaben  
aus, und wir können mit unsern Erfolgen zufrieden sein.

Die Förderung der landwirthschaftlichen Winterkinder steht  
nach den im Landesökonomikollegium gepflogenen Verhandlungen  
und den Nachrichten aus allen Provinzen zu erwarten. Selbst in  
den östlichen Provinzen, wo die Theilnehmer an solchen Schulen  
weite Wege zu machen haben, haben sich die interessirten Kreise  
zur Förderung landwirthschaftlicher Schulen bereit erklärt.

Abg. v. Schalscha (fr.): Das Widerstreben der Deichinter-  
essenten hat in den meisten Fällen ein Scheitern von Berechtigung,  
denn die Experimente werden von der Regierung im allgemeinen  
Interesse und nicht für einzelne Adjacenten gemacht. Ich empfehle,  
die Versuche in kleinem Maßstab zu machen, und ich würde der  
Regierung zu diesem Zwecke zwei sogenannte Bolber zur Ver-  
fügung stellen, denn ich verspreche mir von solchen Versuchen einen  
großen Nutzen.

Damit schließt die Debatte. Der Titel wird bewilligt.  
Bei Kap. 101, Tit. 5 „Vermessungs-, Wiesen- und Melio-  
rationsbeamte“ befürwortet

Abg. Sombart (nl.) eine verbesserte Stellung der Wiesen-  
baumeister, Abg. Enneccerus (nl.) eine Gehaltsaufbesserung der  
Landmesser entsprechend den Gehaltssteigerungen der gleich-  
stehenden Katasterkontrolleure bei der Finanzverwaltung.

Minister v. Lucius erwidert, daß die Konsequenzen einer  
allgemeinen Gehaltsaufbesserung auch für die Vermessungsbeamten  
gezogen werden würden, obwohl ein Mangel an Reflektanten für  
dieses Amt nicht vorhanden sei. Eine Erfüllung des Wunsches des  
Abg. Sombart könne er aber nicht in Aussicht stellen, da die  
Klagen über die Stellung der Wiesenbaumeister unbegründet er-  
scheinen.

Der Titel wird bewilligt.  
Bei Kap. 102, Tit. 8 „Hilfslehrer und Hilfsbeamte an land-  
wirthschaftlichen Lehranstalten“ bemängelt Abg. Berger (wilt  
liberal) die auf Kleinigkeiten sich erstreckende weiträufige Begrün-  
dung einzelner Etatstitel wie des pomologischen Instituts in Proskau.  
Nur im Etat der Landwirtschaft kämen derartige Kleinigkeiten in  
ausführlicher Breite in den Etat.

Geheimrath Singelmann entgegnet, daß nach etatskräftigen  
Grundsätzen, Dinge wie die Gewährung von Emolumenten z. B.  
an die Beamten des pomologischen Instituts in Proskau, der Be-  
willigung der Volksvertretung vorgelegt werden müßten.

Bei Tit. 15 „Landwirthschaftliche Mittelschulen“ regt  
Abg. Melbeck (nl.) eine weitere Errichtung von landwirth-

schaftlichen Haushaltungsschulen zur Ausbildung von Mädchen für die  
Wirthschaft an.

Minister v. Lucius erkennt die Nützlichkeit solcher Schulen  
an; in Westfalen habe er bereits Mittel für die Einrichtung solcher  
Anstalten ausgeworfen.

Abg. Knebel (nl.) empfiehlt die Ausbildung der Böglinge der  
landwirthschaftlichen Mittelschulen in Buch- und Rechnungsführung.  
Bei Kapitel 103 „Thierärztliche Hochschulen“ verlangt

Abg. Sombart (nat.) für den Besuch der thierärztlichen Hoch-  
schulen das Reifezeugniß eines Gymnasiums, Realgymnasiums oder  
einer Oberrealschule. Redner lenkt im Weiteren die Aufmerksam-  
keit der Regierung auf die Frage der Entschädigung des am Witz-  
brand gefallenen Viehes.

Abg. Dr. Arendt (fr.) vertritt im Gegensatz zum Abg.  
Sombart den Wunsch, das unberechtigte Monopol der höheren  
Lehranstalten nicht noch weiter auszuweiten, sondern eher auch  
den Abiturienten der Mittelschulen das Studium der Thierarznei-  
kunde zu gestatten.

Minister v. Lucius: Leider machen sich in allen Berufen  
schon bedauerliche Differenzen in Bezug auf die Bildungsanforde-  
rungen geltend, so daß vielfach die Kenntniß des Lateinischen als  
zur Bildung gehörig angesehen ist. Das ist eine chinesische Auf-  
fassung, anzunehmen, daß ein Beruf darum unter dem andern  
steht, weil für das Eintreten in denselben der Besuch anderer An-  
stalten verlangt wird. Was man verlangen muß, ist, daß überall  
den Schülern eine abgeschlossene Bildung gegeben wird. Nach  
meiner Ansicht ist aber zur Zeit im Berechtigungsweisen überhaupt  
nichts zu ändern, sondern man muß erst von unten anfangen, d. h.  
erst die Schulen organisiren und darauf dann das Berechtigungs-  
weisen stützen, oder man könnte das Berechtigungsweisen ändern,  
um dadurch die Schule zu einer vernünftigen Umgestaltung gelan-  
gen zu lassen. Unter ganzes Schulwesen frant zur Zeit am Be-  
rechtigungsweisen (Sehr richtig!), da viele nur die höheren Schulen  
besuchen, um das Zeugniß zum Einjährig- u. Freiwilligendienst zu  
erlangen. Durch Weiterentwicklung der 7klassigen Mittelschulen  
mit abgeschlossenen Bildungsgang wird man am besten die höheren  
Lehranstalten entlasten und so das Schulwesen in die richtigen Bah-  
nen lenken.

Daß zum Studiren der Thierarzneikunde das Abiturium er-  
forderlich ist, kann ich nicht anerkennen. Die Reife für die Prima  
reicht völlig aus, wie ich nach den bisher gewonnenen Erfahrun-  
gen verichern kann. Man darf nicht den Wünschen der einzelnen  
Stände auf eine bestimmte möglichst hohe Vorbildung zu sehr Rech-  
nung tragen, um nicht die falsche Auffassung noch mehr zu nähren,  
als ob sonst ein Stand unter dem andern steht. Es führt sonst  
zu chinesischen Mandarinenanstellung, wenn jeder Stand seinen  
besonderen Tschin haben will. (Beifall.)

Abg. Sombart: Ich bin ja auch ein Freund der Mittel-  
schulen, betrachte diese aber als die Schule für die breiten  
Schichten des Volkes, während die Beamten eine andere Bildung  
erhalten müssen, so daß ich in Bezug auf die Veterinärärzte an  
meiner Auffassung festhalte.

Abg. Graf Limburg-Sturum tritt den Ausführungen des  
Ministers bei und befürwortet gleichfalls eine abgeschlossene Bil-  
dung unter besonderem Hinweis auf die Halbbildung der aus der  
Obersekunda Abgehenden.

Bei Titel 2 „Thierärztliche Schule in Hannover“ fragt  
Abg. Tramm (nl.) an, ob beabsichtigt sei, die Hochschule aus  
Hannover wegzuverlegen.

Minister v. Lucius erwidert, daß ein Neubau sich als noth-  
wendig herausgestellt habe, und bei dieser Gelegenheit allerdings  
die Frage aufzuwerfen sei, ob sich nicht eine Vereinigung mit der  
Berliner Hochschule empfehle. Er für seine Person sei für die  
Beibehaltung der Anstalt in Hannover.

Die Abg. v. Gynern und Dr. Windthorst erklären es  
gleichfalls für verkehrt, die Lehranstalten aus den Provinzial-  
städten fort und nach Berlin zu verlegen.

Bei Tit. 12 „Befoldungen“ plädiert  
Abg. v. Pilgrim (kon.) für eine Erhöhung der Gehälter der  
Kreisveterinärärzte.

Bei Kap. 104, Tit. 1 „Dispositionsfonds zu Prämien bei  
Pferderennen 210 000 Mark“ führt

Abg. Tramm (nl.) Klage darüber, daß von den Prämien un-  
verhältnißmäßig viel auf Berlin falle; im letzten Jahre stets 120000  
M. Die Folge davon sei, daß die kleineren Rennplätze in der Pro-  
vinz veröden und dem Ruin entgegengehen, da dort die Rennen  
zu schwach besetzt seien, um viele zur Theilnahme an den Rennen  
zu verlocken, während Berlin-Charlottenburg mit seinen hohen  
Rennpreisen jede Konkurrenz anderer Städte aus dem Felde schlage.

Die Berliner könnten auch ohne solche Prämien auskommen, zu-  
mal hier außer an Staatspreisen noch 50 000 M. Gräbiger Preise  
gezahlt würden. In Berlin sei eine Einschränkung der Rennen  
auch nicht vom Uebel. Da zu den früheren Rennen noch  
zwei Trabrennen hinzugekommen seien, so fänden jetzt jährlich  
90 Renntage statt. Dabei liege das Trabrennen gar nicht im In-  
teresse der Landespferdezucht, sondern nur im Interesse Einzelner  
und könnte ganz aufhören. Der gegenwärtige Zustand sei um  
so schlimmer, als nicht mehr Sonntags, sondern nur an den  
Arbeitstagen Rennen abgehalten werden, so daß also Viele von  
der Arbeit abgehalten würden. Ferner werde zu viel am Totali-  
sator gewettet; jährlich würden 10 bis 15 Millionen Mark um-  
gesetzt. Dabei komme in Betracht, daß Viele sich aktiv an den  
Rennen betheiligten, nicht aus Interesse für den Rennsport, son-  
dern nur um viel Geld zu gewinnen. Zum mindesten müßte man  
verlangen, daß nur unbescholtene Personen zum aktiven Rennsport  
zugelassen werden, weil sonst die Möglichkeit vorliege, daß die  
Pferdebefitzer unrichtige Rennen entrichten.

Abg. v. Derßen-Füterbog (fr.) hält diesen Ausführun-  
gen entgegen, daß Berlin ein Unrecht auf höhere Staatspreise habe,  
weil hier die Rennbahnen die besten seien. Dazu komme, daß der  
Berliner Unionsklub aus eigenen Mitteln große Summen auf-  
bringe, zu denen die Staatszuwendungen in keinem Verhältnis  
stehen. Vereine in anderen Städten erhielten für die Rennen weit  
mehr Zuschuß vom Staate, als sie selber aufbringen. Trotzdem  
wünsche er möglichste Förderung der Provinzialvereine, weil diese

zum Besten der Pferdezucht nothwendig seien, und der Unionsklub  
habe auch seine Rennen schon vielfach darnach eingerichtet, nament-  
lich durch häufigere Aussetzung von Rennen, wodurch die Pferde-  
besitzer Veranlassung hätten, ihre Pferde auch auf Provinzialplätzen  
laufen zu lassen. Eine staatliche Einmischung werde dies Verhält-  
niß nur verschlechtern. Den Nutzen der Trabrennen sehe auch er  
nicht ein, und hier halte er eine Beschränkung des Totalisators für  
nicht unangebracht.

Minister v. Lucius: Das Rennwesen hat für die Landes-  
pferdezucht zweifellos eine große Bedeutung, namentlich sind die  
Flachrennen eine nothwendige Kraftprobe für die Vollblutpferde,  
während die Hindernisrennen für fahvaleristische Zwecke von Be-  
deutung sind. Ich stehe daher den Rennvereinen durchaus sym-  
pathisch gegenüber und begünstige keinen derselben vor dem andern;  
aber es liegt auf der Hand, daß das Rennwesen sich nach größeren  
Städten konzentriren muß, man kann nicht in jedem kleinen Ort  
Rennvereine aufrecht erhalten. Nur in größeren Städten sind die  
Bedingungen vereint, welche das Rennwesen zu gedeihlicher Ent-  
wicklung im Interesse der Pferdezucht erfordert. Zudem ist es  
nur eine Last für den Pferdezüchter, wenn er seine Pferde erst  
nach entlegenen Rennplätzen senden soll. Jedenfalls wird bei der  
Vertheilung der Rennpreise nach festen objektiven Grundsätzen ver-  
fahren.

Auswüchsen des Rennsports wird natürlich nach Möglichkeit  
entgegengewirkt werden, namentlich soweit es sich um unläutere  
Elemente handelt. Jeder Gesellschaft wird das Benefizium des  
Totalisators entzogen werden, wenn dasselbe für unsachgemäße  
Zwecke, nicht im Interesse der Pferdezucht, sondern lediglich  
für Gewinnzwecke, gewissermaßen als Lotteriespiel eingerichtet ist.  
(Beifall.)

Abg. v. Gynern (nationall.): Ich halte die jetzt geübte Kon-  
zentration der Rennen nach Berlin für eine absolut ungerechte und  
ungehörige. Die überhand nehmende Entwicklung von Berlin zum  
„Wasserkopf“ ist ein Schaden für das ganze deutsche Reich. (Leb-  
hafter Widerspruch.)

Nach unerheblicher weiterer Debatte wird der Titel bewilligt.  
Bei Kap. 106 Titel 12 „Förderung genossenschaftlicher und  
kommunaler Regulirungen“ führt

Abg. v. Wedell-Malchow (kon.) Klage darüber, daß für  
die Anwohner der Ober zu wenig gethan werde, und hofft, daß im  
nächsten Etat schon eine Position zur Oderregulirung z. B. für  
Schöpswerth am Hohenjather Wehr eingelegt würde.

Minister v. Lucius erwidert, daß das Projekt eines Schöpf-  
werkes am Hohenjather Wehr nur aus technischen Gründen in dieser  
Etatperiode noch nicht vorgelegt ist.

Abg. Friedrichs (nationall.) spricht die Bitte aus, daß die  
Fonds für Meliorationen vergrößert und weniger Deichbauten, aber  
mit mehr Mittel in Angriff genommen werden möchten.

Abg. Kisselmann (kon.) bedauert, daß das Projekt des Hohen-  
jather Wehrs noch nicht in Angriff genommen werde, obwohl es  
für die Bewohner jener Gegend ein dringendes Bedürfnis sei.

Bei den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben Tit. 3  
„Zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft im Eifelgebiet“  
bittet

Abg. Knebel (nl.), diesen Fonds nicht bloß für das spezielle  
Eifelgebiet, sondern für den ganzen Hunsrück in Verwendung zu  
bringen.

Abg. v. Kardorff (fr.): Bei den Meliorationen an der Eifel  
wollen wir die Thomasschlade nicht vergessen und uns des Ringes  
erinnern, der sich zur Vertheuerung der Thomasschlade gebildet hat.  
Ich fordere von dieser Stelle aus die Landwirthe auf, Thomass-  
schlade zu den jetzigen Preisen überhaupt nicht zu kaufen, da sie  
nicht nur ein Unrecht an ihren Berufsgenossen damit thun, sondern  
sich selbst damit schädigen würden, denn sie kommen mit Super-  
phosphat billiger und besser fort.

Der Rest des Etats wird debattelos erledigt, desgleichen der  
Etat der Geheißverwaltung.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Montag 11 Uhr. (Etat  
der direkten und indirekten Steuern und des Ministeriums für  
Handel und Gewerbe.)

Schluß 3 Uhr.

## Deutschland.

\* \* **Berlin, 30. Januar.** Gegenüber den noch immer  
fortdauernden Erörterungen über das Scheitern des Sozial-  
listengesetzes ist eine Auslassung der „Konf. Kor.“ von  
Interesse, in welcher Graf Udo zu Stolberg die Haltung der  
deutsch-konservativen Partei bei den Verhandlungen des Reichs-  
tages zu rechtfertigen versucht. Daß es einer Rechtfertigung  
bedarf, scheint man auch auf der konservativen Seite zu  
empfinden, nachdem die „Nordd. Allg. Ztg.“ konstatirt hat,  
daß die Regierung ein dauerndes Sozialistengesetz auch ohne  
Ausweisungsbefugniß acceptirt hätte, wenn ein solches aus der  
freien Initiative des Reichstags hervorgegangen wäre. Daß  
die Hellbornsche Erklärung: die Konservativen würden das  
Gesetz auch ohne Ausweisungsbefugniß annehmen, wenn die  
Regierung damit zufrieden sei, eine Loyale gewesen ist, wird  
nicht bestritten. Offenbar aber haben die Konservativen nicht  
vorausgesehen, daß sie hinterher, nachdem sie das Zustande-  
kommen des Gesetzes vereitelt haben, von der Norddeutschen  
als übereifrige Unterstützer der Regierung bezeichnet werden  
würden. Für die Parteigenossen des Grafen Stolberg oder  
wenigstens für einen Theil derselben ist das um so peinlicher  
gewesen, als dieselben, wie Graf Stolberg nicht verschweigen  
will, gegen die Ausweisungsbefugniß in ihrer jetzigen Gestalt  
nicht unerhebliche Bedenken haben. Gleichwohl haben sie be-  
kanntlich schon bei der zweiten Lesung den Antrag gestellt,  
die Ausweisungsbefugniß in ihrer jetzigen Gestalt wieder

in das Gesetz aufzunehmen. Graf Stolberg bemerkt ganz richtig, die Hauptsache wäre gewesen, das dauernde Sozialistengesetz unter Dach und Fach zu bringen. Aber das haben die Konservativen ja in der dritten Lesung durch ihr Votum verhindert, zweifellos zur großen Befriedigung der Gegner des Gesetzes. Für die Nationalliberalen, die so großen Werth auf die Beseitigung der Ausweisungsbefugniß gelegt haben, ist es gewiß von hohem Interesse, wenn Graf Stolberg die Ansicht ausspricht, die Ausweisungsbefugniß hätte ja später, wenn sie sich als notwendig erwies, wieder in das Gesetz hineingebracht werden können. Um so näher hätte es gelegen, daß die Deutschkonservativen darauf verzichteten, der Regierung Dienste zu leisten, auf welche diese keinen Anspruch machte. Die Gefahr, daß die Beseitigung der Ausweisungsbefugniß von den Sozialdemokraten als ein Zeichen beginnender Unschlüssigkeit aufgefaßt werden könne, wie Graf Stolberg meint, ist durch das Scheitern des dauernden Gesetzes nicht vermindert, sondern nur noch vergrößert worden. In sozialdemokratischen Wahlreden wird ja jetzt recht das Scheitern der Regierungsvorlage als ein großer Erfolg der Partei dargestellt. Die sozialdemokratische Agitation gegen das Ausnahmegesetz wird wesentlich dadurch erleichtert, daß das bestehende Gesetz nur bis zum 30. September d. J. gilt. Wäre das Gesetz als ein dauerndes vom Reichstag beschlossen und vom Bundesrath angenommen, so wäre die Lage für die Sozialdemokratie eine viel ungünstigere. Dem so groß auch die Erfolge sein mögen, welche sie bei den Wahlen erzielen, so würde dadurch die Gültigkeit des Gesetzes in keiner Weise berührt, da die Aufhebung des Gesetzes durch ein einseitiges Votum des Reichstags ohne Zustimmung des Bundesraths nicht möglich ist. Demnach wird die Behauptung Stolbergs, daß die prinzipiellen Gegner des Gesetzes nur scheinbar über die Ablehnung erfreut seien, nicht viel Beifall finden.

— Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgenden Erlaß des Kaisers an den Reichskanzler:

In Meinem Schmerze um den Verlust der erst vor Kurzem zur ewigen Ruhe heimgegangenen geliebten Großmutter, der Kaiserin und Königin Augusta Majestät, und unter dem ergreifenden Eindruck des so schnellen Hinscheidens mehrerer Meinem Herzen nahe stehender Fürstlichkeiten konnte Ich Meinem diesjährigen Geburtstage nur mit wehmüthigen Empfindungen entgegengehen. Wenn jedoch etwas geeignet war, Mich an diesem Tage freudiger zu stimmen, so ist es die herzliche Theilnahme und die treue Anhänglichkeit gewesen, welche Mir wiederum aus dem engeren und weiteren Vaterlande sowie von außerhalb lebenden Deutschen in mannigfaltigster Art zum Ausdruck gebracht worden sind. Es sind Mir von Gemeinden, Vereinen, Festgesellschaften und einzelnen Personen Glückwünsche, zum Theil in poetischer Form, und Spenden in einer Fülle zugegangen, daß es nicht möglich ist, alle diese Kundgebungen im Einzelnen zu beantworten. Ich wünsche aber Allen, welche Mir so liebevolle Aufmerksamkeiten erwiesen haben, Meinen innigsten Dank zu erkennen zu geben und erjuche Sie daher, diesen Erlaß zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 29. Januar 1890.

Wilhelm R.

An den Reichskanzler.

— Der Kaiser unternahm vorgestern Nachmittag eine Ausfahrt, fuhr zunächst nach dem auswärtigen Amt und stieg dort zu Pferde, um einen Spazierritt nach dem Grunewald zu machen. Von dort mit seiner Begleitung nach dem königlichen Schlosse zurückgekehrt, konferirte der Kaiser mit dem Kriegsminister und begaben sich alsdann der Kaiser und die Kaiserin zu einem längeren Besuch bei den großherzoglich badischen Herrschaften nach dem königlichen Palais. Der Kaiser und die Kaiserin sahen den Oberpräsidenten der Rheinprovinz v. Belvesch, den früheren Militärbevollmächtigten bei der hiesigen großbritannischen Botschaft, Oberst v. Swaine, sowie den Geheimen Rath Dr. Hinzpeter, den Dr. Büßfeldt und den

Garnisonpfarrer D. Frommel als Gäste bei sich zur Abendtafel. — Am gestrigen Vormittage empfing der Kaiser den Feuerwehmann Eichgrün, um denselben für seine Verdienste persönlich das Allgemeine Ehrenzeichen zu übergeben. — Demnächst arbeitete der Kaiser mit dem Kriegsminister und später mit dem General v. Hahnke. Am Nachmittag wurde der fürstlich schwarzburg-rudolstädtsche Staatsminister v. Stark von dem Kaiser empfangen, um den Regierungsantritt des Fürsten Günther zu Schwarzburg-Rudolstadt zu melden.

— Wie die „Köln. Volksztg.“ meldet, wird im Monat Juli in Bad Spindelmühle bei Hirschberg eine Zusammenkunft des Kaisers Wilhelm mit dem österreichischen Kaiser erfolgen.

— Die Kaiserin Friedrich empfing gestern den am hiesigen Hofe neu accreditirten großherzoglich mecklenburgischen Gesandten von Derken und dessen Gemahlin und stattete Nachmittags der Frau Großherzogin von Baden einen längeren Besuch ab.

— Die Großherzogin von Baden begab sich heute Mittag zu mehrstündigem Aufenthalte von hier nach Potsdam und besuchte dort auch die Grabkapelle in der Friedenskirche.

— Der Großfürst Nicolaus Nicolajewitsch von Rußland traf heute früh 6½ Uhr auf der Durchreise aus Petersburg in Berlin ein und nahm für die Dauer seines Aufenthaltes in Berlin in der hiesigen russischen Botschaft Wohnung.

— Der Stadtverordneten-Versammlung von Berlin ist auf deren Glückwunsch-Adresse zum Geburtstage des Kaisers das nachstehende Allerhöchste Antwortschreiben zugegangen:

„Die Stadtverordneten Meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin haben Mich durch die treuen Glückwünsche zu Meinem Geburtstage, welche in Ihrer Adresse einen so warmen Ausdruck gefunden haben, aufrichtig erfreut. Zu Meiner großen Befriedigung hat auch die Berliner Bürgerschaft unter gebührender Würdigung der durch die Trauer um Ihre hochselige Majestät die Kaiserin und Königin Augusta gebotenen Beschränkungen sich wiederum an der Feier Meines Wiegenfestes lebhaft betheilig, wie Ich Mich aus den verschiedenartigen Kundgebungen Selbst überzeugen konnte. Ich kann es Mir daher nicht verjagen, die Stadtverordneten Meines wärmsten Dankes zu versichern.“

Berlin, den 29. Januar 1890.

gez. Wilhelm R.“

An die Stadtverordneten zu Berlin.

— Dem Bundesrath ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Ergänzung des § 14 der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige zur Beschlußfassung zugegangen.

§ 14 der Gebührenordnung vom 30. Juni 1878 bestimmt, daß öffentliche Beamte Tagegelder und Erstattung von Reisekosten nach Maßgabe der für Dienstreisen geltenden Vorschriften erhalten, wenn sie zugezogen werden als Zeugen über Umstände, von denen sie in Ausübung ihres Amtes Kenntniß erhalten haben oder als Sachverständige, wenn sie aus Veranlassung ihres Amtes zugezogen werden und die Ausübung der Wissenschaft, der Kunst oder des Gewerbes, deren Kenntniß Voraussetzung der Begutachtung ist, zu den Pflichten des von ihnen versehenen Amtes gehört. Bei Anwendung dieser Vorschriften ist in der gerichtlichen Praxis eine Verschiedenheit der Auffassung hinsichtlich der Frage hervorgetreten ob im Sinne des Gesetzes unter den öffentlichen Beamten Offiziere und Unteroffiziere miteingegriffen seien. Bei einigen Gerichten erhalten dieselben die Tagegelder und Reisekosten nach den für Dienstreisen der Militärpersonen festgestellten Sätzen, bei anderen nur Gebühren gemäß den für Zeugen und Sachverständige im Allgemeinen geltenden Bestimmungen. Auch im Beschwerdewege hat sich eine übereinstimmende Handhabung nicht erzielen lassen. Da diese Verschiedenheit der Praxis für die vernommenen Militärpersonen und deren vorgesetzte Dienstbehörden zu Weiterungen führt, auch in dienstlicher Hinsicht störend wirkt, indem sie die Bezüge der Militärpersonen in das Ungewisse stellt und schließlich für die Militärverwaltungen den Zweifel hervorruft, ob nicht, wenn im Einzelfalle die höhere Entschädigung verweigert wird, zur Beseitigung unbilliger Ungleichheiten der Mehrbetrag aus anderweitigen Fonds zu vergüten sei, so wird in dem dem Bundesrath vorgelegten Gesetzentwurfe bestimmt, daß dem § 14 der Gebührenordnung eine Ergänzung hinzugefügt wird, wonach seine Vorschriften auf Personen des Soldatenstandes entsprechende Anwendung finden sollen. Das neue Gesetz soll mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft treten.

In erster Linie wird die Bereitung eines guten Malzes zu den Punkten gehören, denen die Versuchsbrauerei ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden hat. Es ist allgemein bekannt, daß nicht jede Gerstensorte zu Mälzereizwecken verwendet werden kann. Eine gute Braugerste darf nicht mehr als neun Prozent Eiweißstoffe enthalten, eine mittlere 10 und eine gerade noch brauchbare 11 Prozent Eiweiß. Es giebt aber viele Gersten, welche 13, 14, ja 15 Prozent Eiweißstoff besitzen. Und zwar sind es gerade zahlreiche inländische Sorten, welche sich in dieser Weise unangenehm auszeichnen.

Bis zu einem gewissen Grade liegt es in der Hand des Mälzers, aus eiweißreicher Gerste ein relativ eiweißarmes Malz zu machen. Um dies zu bewerkstelligen, läßt man die gereinigte Gerste in Wasser aufquellen und bringt sie dann auf die Temen zum Keimen. Je länger nun bei diesem Entwicklungsprozesse die Wurzelkeime werden, desto mehr schaffst man Eiweiß aus der Gerste heraus, weil letzteres gerade in der ersten Zeit zur Ernährung der unterirdischen Pflanzentheile aufgewandt wird. Nach dieser Richtung hin müßten also physiologisch-chemische Versuche angestellt werden, um auszubühen, ob sich nicht etwa auch eine geringere Gerstensorte — auf die angegebene Art behandelt — zur Bereitung eines guten Bieres gebrauchen ließe. Das soll nur ein Beispiel sein, um klar zu machen, inwiefern das Experiment auch zur Herbeiführung von Fortschritten in Brauwesen eine Rolle spielen kann.

Die gekeimte Gerste, das sogenannte Grünmalz, gelangt — wie mächtig bekannt ist — zunächst auf die Darre und wird getrocknet, später röstet man es. Es ist aber durchaus nicht gleichgültig, in welcher Weise der Darreprozeß verläuft. Die Brauereien haben lange Zeit so gut wie keine Fortschritte gemacht, weil man das Darren immer nur als ein Trocknen

des Malzes auffaßte. Dies ist aber unrichtig, denn es handelt sich dabei der Hauptsache nach um chemische Veränderungen in der auf der Darre befindlichen Gerste. Wenn eine gewisse Temperatur bei Gegenwart eines gewissen Wassergehalts eintritt, dann ergiebt sich jedes Mal eine ganz bestimmte Aromatisirung des Malzes, die man sonst nicht erzielen kann. Es hängt in Folge dessen lediglich vom Darreprozeß ab, ob man Münchener oder Pilsener Bier herstellen will; die Hefe thut dabei gar nichts zur Sache. In der (nächsten Sommer zur Eröffnung kommenden) Berliner Versuchsbrauerei wird demgemäß auch eine Versuchsdarre in Betrieb gestellt werden, um eine genauere Einsicht in die einzelnen Phasen des Darreprozesses zu gewinnen.

Nach einem Referate, welches Staatsminister Dr. Delbrück (als Mitglied der Baukommission) unlängst über den Arbeitsplan des neuen Instituts gegeben hat, wird dasselbe auch ein Betriebs- und ein Versuchsfudhaus enthalten. Da die deutschen Brauereien alleseamt sehr gleichmäßig in Bezug auf das Sudwerk eingerichtet sind, so entsteht die Frage, was denn in einem besonderen Versuchsfudhause überhaupt noch ausprobiert werden soll?

Darauf lautet die Antwort, daß noch einige Fortschritte in Betreff der hier adoptirten Methoden zu erhoffen sind. In den amerikanischen Brauereien — die übrigens zumeist in deutschen Händen sind — sind die Sudhaus-Einrichtungen nicht dieselben wie bei uns. Man kocht dort mit Dampf in Kesseln, welche doppelte Wandungen haben, nicht wie in Nord-Deutschland durchweg mit direktem Feuer. Es wird behauptet (aber es ist noch nicht sicher erwiesen), das Feuerkochen habe einen ganz bestimmten Einfluß auf den Geschmack des Bieres; die angeblich höhere Temperatur des Pfannenbodens soll

## Eine Hochschule für Bierbrauer in Berlin.

Von Dr. Otto Zacharias.

Nähe bei dem bekannten Orte Plöbensee ist jetzt ein neues technisch-wissenschaftliches Institut im Bau begriffen, welches nach seiner Fertigstellung den offiziellen Titel „Versuchs- und Lehrbrauerei“ führen wird; im Grunde aber ist es eine wirkliche Akademie für den Brauereibetrieb, eine Anstalt, deren Bedeutung für die gesamte deutsche Brauindustrie nicht verkannt werden kann. Dieses eigenartige Institut wird einen Theil der königlichen landwirthschaftlichen Hochschule in Berlin bilden und dazu bestimmt sein, dem bereits ausgearbeiteten Brauer Gelegenheit zu geben, sich in seinem Fache weiter auszubilden. Die Kosten dieses Neubaus betragen etwa eine halbe Million Mark. Zur Hälfte werden dieselben von dem „Verein für Brauerei-Interessen zu Berlin“ bestritten, zur andern Hälfte übernimmt sie der preussische Staat, in dessen Eigenthum die Anstalt überhaupt nach ihrer Errichtung übergeht.

Das Bedürfnis nach einer Versuchsbrauerei hat sich im Laufe der verfloffenen Jahrzehnte schon wiederholt fühlbar gemacht, und es ist mit den unleugbar großen Fortschritten im Brauwesen immer dringender geworden. Vor allem handelt es sich in einem derartigen Institute um die Prüfung gewisser brautechnischer Verfahrensweisen, welche von dieser und jener Seite für eine Verbesserung gehalten und als praktisch empfohlen werden. Ein kleiner Brauereibesitzer kann sich solchen Rathschlägen gegenüber nicht auf Versuche einlassen; denn falls dieselben mißlingen, gefährdet er damit den Ruf seines bisherigen Fabrikats und hätte das Risiko, seine vielleicht mühsam erworbene Kundenschaft zu verlieren.

des Malzes auffaßte. Dies ist aber unrichtig, denn es handelt sich dabei der Hauptsache nach um chemische Veränderungen in der auf der Darre befindlichen Gerste. Wenn eine gewisse Temperatur bei Gegenwart eines gewissen Wassergehalts eintritt, dann ergiebt sich jedes Mal eine ganz bestimmte Aromatisirung des Malzes, die man sonst nicht erzielen kann. Es hängt in Folge dessen lediglich vom Darreprozeß ab, ob man Münchener oder Pilsener Bier herstellen will; die Hefe thut dabei gar nichts zur Sache. In der (nächsten Sommer zur Eröffnung kommenden) Berliner Versuchsbrauerei wird demgemäß auch eine Versuchsdarre in Betrieb gestellt werden, um eine genauere Einsicht in die einzelnen Phasen des Darreprozesses zu gewinnen.

Nach einem Referate, welches Staatsminister Dr. Delbrück (als Mitglied der Baukommission) unlängst über den Arbeitsplan des neuen Instituts gegeben hat, wird dasselbe auch ein Betriebs- und ein Versuchsfudhaus enthalten. Da die deutschen Brauereien alleseamt sehr gleichmäßig in Bezug auf das Sudwerk eingerichtet sind, so entsteht die Frage, was denn in einem besonderen Versuchsfudhause überhaupt noch ausprobiert werden soll?

Darauf lautet die Antwort, daß noch einige Fortschritte in Betreff der hier adoptirten Methoden zu erhoffen sind. In den amerikanischen Brauereien — die übrigens zumeist in deutschen Händen sind — sind die Sudhaus-Einrichtungen nicht dieselben wie bei uns. Man kocht dort mit Dampf in Kesseln, welche doppelte Wandungen haben, nicht wie in Nord-Deutschland durchweg mit direktem Feuer. Es wird behauptet (aber es ist noch nicht sicher erwiesen), das Feuerkochen habe einen ganz bestimmten Einfluß auf den Geschmack des Bieres; die angeblich höhere Temperatur des Pfannenbodens soll

weitere Erhöhung desselben in Aussicht zu nehmen ist. — Im April 1889 hatte das Abgeordnetenhaus beschlossen: Die Staatsregierung aufzufordern, ihre fördernde Mitwirkung dahin einzutreten zu lassen, daß eine Versorgung der Wittwen und Waisen evangelischer Geistlicher, wie sie nach der gegenwärtigen Vorlage in den neun älteren Provinzen der Monarchie vorgesehen wird, in entsprechender Weise — und, soweit möglich, unter Gewährleistung verhältnismäßiger Beihilfen aus Staatsmitteln — auch in den übrigen Landesteilen eingerichtet werde, und die zu dem Ende nötigen Vorlagen dem Landtag sobald als möglich zugehen zu lassen. Dazu wird erklärt: Die Einleitung zur Anordnung der Angelegenheit sei getroffen. — Bei Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Kosten königlicher Polizeiverwaltungen in Stadtgemeinden hatte das Abgeordnetenhaus am 30. März v. J. beschlossen, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob und in wie weit in denjenigen Stadtgemeinden, in welchen die örtliche Polizeiverwaltung von einer königlichen Behörde geführt wird, der Stadtgemeinde, soweit dies nicht bereits geschieht, die folgenden Zweige zur eigenen Verwaltung überwiesen werden können: die Baupolizei, einschließend Straßenaufpolizei, Gewerbe- und Gewerkepolizei, einzelne Theile derselben, die Schulpolizei, Hafen-, Markt-, Feld- und Forstpolizei. — Dazu wird in den Entschließungen ausgeführt: In Folge des Beschlusses sind nähere Ermittlungen angeordnet und zugleich Verhandlungen zwischen den beteiligten Ressorts eingeleitet worden. Dieselben sind bis jetzt noch nicht zum Abschluß gekommen.

### Schweiz.

\* Vor einigen Tagen hat die Regierung des Kantons Aargau die Aufführung eines Stückes „Der Polizeispitzel“ verboten. Das Stück behandelt die Wohlgenuthaffäre. Ein Theil der schweizerischen Presse kritisiert das Verbot abfällig, andere stimmen ihm zu. Die „Basl. Nachr.“ bemerken: „Hätten auch wir es trotzdem lieber gesehen, wenn ein Verbot unterblieben wäre, damit auch der geringste Schein vermieden worden wäre, als handle es sich um die Unterdrückung einer freien Meinungsäußerung, so müssen wir doch entschieden dagegen Front machen, als sei beim Verbot irgend derartiges beabsichtigt gewesen. Unser Polizeidirektor ist ein zu aufrechter Demokrat, als daß er sich zu irgend solchen Aufregungen und Verdächtigungen die Aargauische Regierung und Polizei in deutschen Kartellblättern ausgesetzt war, weil sie s. Z. sich der Person des Herrn Wohlgenuth verscherte und sein Treiben aufdeckte. Daß sie nicht eine Provokation Deutschlands beabsichtigte, beweist wohl ihre neueste Maßregel, die ihr von mancher Seite bereits heftige Angriffe eingetragen hat.“

### Parlamentarische Nachrichten.

— Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses berathet heute den Eisenbahnetat. Bei den Einnahmen wurde eine Steigerung von 7 Proz. bei dem Personenverkehr und von 8 Proz. aus dem Güterverkehr gegen das vorige Jahr konstatiert. Der Regierungskommissar erklärte, daß über den Werth des Zonenarfs noch kein zuverlässiges Urtheil vorliege. Mit der deutschen Reichsregierung schweben Verhandlungen über eine Reform des Personentarifs und hoffe man in kürzester Zeit zu einem günstigen Ergebnis zu gelangen. Die Debatte über Güter- und besonders Kohlentarife wurde vorbehalten bis zur Berathung des bezüglichen Antrages Brömel. Die Einnahmen wurden unverändert genehmigt. Bei den Ausgaben wurde hervorgehoben, daß die Gehaltsaufbesserungen der Beamten in Höhe von 7 626 000 M. Stellenzulagen betreffen zum Theil für besonders schwierigen Dienst, zum Theil um diätarische Stellen in etatsmäßige umzuwandeln, daß damit aber der beabsichtigte allgemeine Aufbesserung der Gehälter keineswegs vorgegriffen werden solle. Die etatsmäßigen Stellen seien um 3527 vermehrt, im Ganzen 77 318 etatsmäßige Stellen vorhanden, wofür 520 000 M. mehr als im vorigen Jahre vorausgesehen seien. — Regierungseitig wurde auf eine Anfrage ferner mitgetheilt, daß die Oberbau-Materialien größtentheils für dieses Jahr im September v. J. bereits abgeschlossen seien, Kohlen größtentheils bis 1. Juli beschafft, für die folgenden 3/4 Jahre müßten sie

nämlich der Bierwürze eine Art Röstgeschmack geben. Auch hierüber sollen beweiskräftige Experimente angestellt werden.

In neuester Zeit ist auch der Hefe ganz besondere Aufmerksamkeit zugewandt worden. Dank den Untersuchungen von Dr. Hansen in Kopenhagen weiß man jetzt, daß es sehr verschiedene Hefen-Rassen giebt. Daß es eine spezielle Weihenhefe giebt, hat man stets gewußt. Ebenso kannte man in der Praxis eine obergährige und eine untergährige Hefe. Aber jetzt weiß man auch, daß die echten Hefen, welche zur Bereitung des untergährigen bayerischen Bieres dienen, in zahlreiche Rassen zerfallen, welche ganz verschiedene Eigenschaften besitzen. Man hat Hefen, die ein mildes Bier liefern, neben solchen, die ein scharfes oder bitter-schmeckendes erzeugen. Manche Hefen machen das betreffende Bier haltbar oder weniger haltbar; andere liefern einen „Stoff“, der stark vergohren ist, wogegen es dann wieder Rassen giebt, welche die umgekehrten Eigenschaften besitzen. Es entsteht nach alledem die Frage: Wie sollen sich nun die Brauereien die richtige Hefenrasse in denkbar größter Reinheit verschaffen? Dies ist nur möglich, indem man den ganzen Satz Samenhefe einer Brauerei züchtet aus einer Urzelle, und technisch ist dies durchgeführt worden. Freilich kann man so etwas nur in einem wissenschaftlich geleiteten Laboratorium vornehmen. Gegenwärtig giebt es solche Hefenzuchtstationen in München, Wien, Berlin und Kopenhagen. Die Produkte derselben werden über die ganze Welt verschickt. Ein einziges Kilogramm derartiger Reinhefe kostet freilich 50 Mark. Um nun aber auch die Brauereien in den Stand zu setzen, sich reine Saathefe züchten zu können, hat man in neuerer Zeit Hefenzucht-Apparate konstruirt, welche gute Resultate ergeben. Mehrere Berliner Brauereien besitzen bereits solche Apparate.

allerdings neu beschafft werden, doch dürfte man auf ein Sinken der Kohlenpreise rechnen. Auf eine Anfrage, ob die Kosten für die Betriebsmittel nicht zu niedrig angesetzt seien, erwidert der Regierungskommissar, daß die Lieferungen schon größtentheils zu den angegebenen Preisen abgeschlossen seien. Die Frage, ob nicht Gütermagen von größerer Tragfähigkeit zu erbauen seien, schwebt noch im Stadium der Erwägung. Auch die Ausgaben wurden schließlich unverändert angenommen.

### Militärisches.

— Wie die „Hamb. Nachr.“ melden, beginnt nächste Woche die Ausgabe des Gewehrs 88 an die Truppen. Das Garde-Korps macht den Anfang, man nimmt an, daß bis zum 1. April d. J. die gesamte Friedensarmee im Besitze der neuen Waffe ist, mit deren Einführung durch die Reservisten diesmal ein von der bisherigen Weise abweichender Modus Platz greifen soll. Das Blatt bemerkt hierzu: Die zur Ausgabe gelangenden Gewehre sind ausschließlich in den Fabriken zu Spandau, Erfurt und Danzig hergestellt, so daß die Lieferung durch die Waffenfabrik in Steyer gänzlich außer Betracht bleibt. Es ist demnach Deutschland zum zweiten Male gelungen, das Geheimniß über den Gang der Neubeauftragung bis zur vollendeten Thatfache zu wahren und die viel früher begonnene französische zu überholen. Nebenbei bemerkt, spricht das Gesamtergebnis in hohem Grade für die außerordentliche Leistungsfähigkeit der drei königlichen Gewehrfabriken.

### Locales.

Posen, den 31. Januar.

— u. Die Wählerlisten sind gestern geschlossen worden. Der Andrang zur Einschreibung in dieselben war nur von polnischer Seite ein starker. Besonders waren es auch die dem Arbeiterstande angehörenden Wähler, welche der Mahnung, sich von der Vollständigkeit der Listen zu überzeugen, Folge geleistet haben.

\* Im Sandwerfer-Verein hat Herr Förster in einem Vortrage über die Fabrikation der Stahlfedern, welchen er vor einiger Zeit gehalten, gesagt, daß es in Deutschland gegenwärtig zwei Stahlfederfabriken gebe, nämlich die von Heintze und Blanders in Berlin und die von J. Soenneken in Bonn. Herr Förster ersucht uns nun, den Bericht über seinen Vortrag dahin richtig zu stellen, daß nach Angaben der Berliner Fabrik von Heintze und Blanders sie die einzige in Deutschland sei. Die Firma J. Soenneken habe nie Stahlfedern fabrizirt, sondern handle nur mit solchen die sie sich mit ihrem Namen anfertigen läßt.

— u. Leichenfund. Gestern Nachmittag gegen zwei Uhr ist in dem Wallgraben vor dem Bromberger Thor die Leiche eines dürftig gekleideten Mannes im mittleren Lebensalter von Passanten aufgefunden worden. Dieselbe wurde sofort nach dem städtischen Krankenhaus geschafft. Wie aus Papieren, welche man in den Kleidern des Entkeelten vorfand, hervorgeht, ist derselbe der heimathlose Arbeiter Paul Kicinski, welcher sich zuletzt in der Gegend von Schmiegel aufgehalten hat. Vermuthlich ist Kicinski in betrunkenem Zustande in den mit Wasser gefüllten Wallgraben gefallen und hat in demselben seinen Tod gefunden.

— u. Verhaftungen. Gestern ist ein Arbeiter von hier wegen Diebstahl zur Haft gebracht worden. Auf dem Hofe der Eisenbahnhauptwerkstätte hat er von einer Maschine ein ungefähr 1/2 Meter lauges Kupferrohr abgebrochen und sich dasselbe widerrechtlich angeeignet. Er wurde jedoch auf frischer That ertappt, und ihm das Rohr abgenommen. — Ein anderer Arbeiter von hier ist gestern Abend verhaftet worden, weil er dabei betroffen wurde, als er ungefähr 1/2 Meter Abfallrohr von dem Hause betriebe Nr. 7 abriß. Jedenfalls hat er die Absicht gehabt, das Rohr zu entwenden. — Ein Knecht aus Jersik, welcher dort seinen Dienst aufgegeben hatte, ging sich gestern polizeilich abmelden und gab während dessen seine sämtlichen Sachen, sowie 45 Mark bares Geld einem Arbeiter aus Goplenno in Verwahrung. Als er wieder zurückkehrte, war der Hüter seines Besitzthums mit dem anvertrauten Gute verschwunden. Es gelang jedoch, ihn heute früh in der Halbdorfstraße zu verhaften.

— u. Diebstahl. Am 27. d. Mts. ist einem Fuhrmann aus Breichen von dem Hofe des Hauses Dominitzerstraße Nr. 3, wo er eingekerkert war, eine Zigarrenpresse entwendet worden. Ein begründeter Verdacht gegen eine bestimmte Person liegt zur Zeit noch nicht vor.

\* [Wasserstand der Warthe.] Telegramm aus Poggorzelle vom 31. Januar c. 2,96 Meter.

### Handel und Verkehr.

\*\* Berlin, 30. Januar. Nach amtlicher Feststellung Seitens der Aeltesten der Kaufmannschaft kostete Spiritus loco ohne Fab frei ins Haus oder auf den Speicher geliefert, per 100 Liter à 100 Prozent.

Es wird nun aber Aufgabe der Versuchsbrauerei sein, für diejenigen Brauereien, welche nicht in der Lage sind, sich einen eigenen Reinzucht-Apparat anzuschaffen, Reinzehen der verschiedensten Art zu liefern, je nach dem Charakter des Bieres, um dessen Herstellung es sich handelt. In diesem Zwecke wird in dem neuen Gebäude eine besondere Kammer angelegt, welche mit den Laboratoriumsräumen verbunden ist, in welcher die Urzelle isolirt wird. Die Hefe thut bekanntlich ihren Dienst, indem sie in der Bierwürze sich durch Sprossung vermehrt. Aus einer Zelle bilden sich 1, 2, ja sogar 3 Nachkommen, und dann ist das Bier fertig vergohren. Dieser Sprossungsprozeß muß bei einer Temperatur von 4—8 Grad Reaumur geschehen für untergähriges Bier; die Hauptgährung, die im Gährbottich sich vollzieht, dauert 8—10 Tage. Wenn man die Hefe in ihrer Fortpflanzungsthätigkeit unterstützt, so kann man dieselbe Nachkommenschaft von einer Zelle schon in wenigen Stunden erhalten, z. B. durch Gährung bei höherer Temperatur, aber dieser Modus ist für untergähriges Bier nicht zulässig. Es giebt aber auch noch andere Mittel, um die Vermehrung der Hefe zu fördern; eines davon ist die künstliche Bewegung der in Gährung befindlichen Masse. Wenn eine Hefenzelle in der Bierwürze an Volumen wächst, so nimmt sie Zucker in sich auf und spaltet ihn in Alkohol und Kohlenäure. Letztere hängt sich dann in der Form eines Bläschen an die Hefenzelle an und hebt sich empor. Diese Bewegung scheint nur ein nebensächlicher Erfolg der Gährung zu sein, aber sie ist sehr nothwendig zum gesunden Wachsathum der einzelnen Zellen. Wenn jedes dieser kleinen Gebilde an derselben Stelle verbliebe, so würde das Terrain ringsum bald abgeweidet sein, d. h. es würde in der Nähe der Zelle sehr bald keinen Zucker mehr

Unversteuert mit 50 M. Verbrauchsabgabe: Am 24. Januar 1890 53 M. 10 Pf. a 52 M. 90 Pf.; am 25. Januar 53 M.; am 27. Januar 53 M.; am 28. Januar 53 M. 20 Pf.; am 29. Januar 53 M. 50 Pf.; am 30. Januar 53 M. 90 Pf.

Unversteuert mit 70 M. Verbrauchsabgabe: Am 24. Januar 1890 53 M. 90 Pf. a 33 M. 70 Pf.; am 25. Januar 53 M. 70 Pf. a 33 M. 60 Pf.; am 27. Januar 53 M. 70 Pf.; am 28. Januar 53 M. 70 Pf. a 34 M. a 33 M. 90 Pf.; am 29. Januar 53 M.; am 30. Januar 53 M. 40 Pf.

\*\* Berlin, 30. Januar. Zentral-Markthalle. Amtlicher Bericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in der Zentral-Markthalle. Marktlage. Fleisch. Der Markt war wenig besetzt, gestrige Preise. Wild und Geflügel. Der Markt war für Damwild und Rehe wieder außerordentlich günstig. Rothwild, Schweine, Hagen, Wildgeflügel unverändert. Gänse gut bezahlt, zahmes Geflügel ist im Uebrigen reichlicher zum Verkauf gestellt. Fische. Zufuhr in lebenden Fischen genügend, Esfische, besonders Seefische knapp, Lachs sehr theuer, Geschäft lebhaft, Preise befriedigend. Butter fest, für feinste Qualitäten Preise gebessert. Gemüse, Obst und Südfrüchte unverändert.

Fleisch. Rindfleisch Ia 54—58, IIa 45—52, IIIa 35—42, Kalbfleisch Ia 58—64, IIa 40—54, Hammelfleisch Ia 48—52, IIa 40—45, Schweinefleisch 58—64, Bafonier do. — M., russisches do. 50 bis 52 M. per 50 Kilo.

Geräuchertes und gefalztes Fleisch. Schinken ger. mit Knochen 70—100 M. Speck, ger. 80 M. per 50 Kilo.

Wild. Damwild per 4 Kilo 0,50—0,70, Rothwild per 1/2 Kilo 0,38—0,45, Rehwild Ia 0,90—1,10, IIa bis 0,80, Wildschweine 0,36 bis 0,54 M., Hagen per Stück 2,50—3,10 M.

Wildgeflügel. Fasanenhühner 3,50—4,25 M., Fasanenhennen 2,40—3,00 M., Wildenten — M., Seeenten 40—50 M., Krickenten — Pf., Waldschneppen — M., Hahnenhühner 1,10—1,50 M., Schneehühner 0,80—1,35 M., Krametsvögel — M.

Zahmes Geflügel, lebend. Gänse — M., Enten 1,50 bis 2 M., Puten 3,70 M., Hühner, alte 1,50 M., do. junge — M., Tauben 0,50—0,60 M. per Stück.

Fische. Hechte p. 50 Kilogramm 50—59 M., Zander 71 M., Barsche 60 M., Karpfen, gr. — M. do. mittelgr. 69 M., do. kleine 60 M., Schleie 82 M., Bleie 25 M., Aal — M., bunte Fische (Bläse u. s. w.) 35 M., Aale gr. — M., do. mittelgroße — M., do. kleine — M., Kriebie, große pr. Schock — M., mittelgr. 2,50—4 M., do. kleine, 10 Centimeter, 1,50—1,75 M.

Butter u. Eier. Ost u. westpr. Ia. 102—106 M., IIa. 98 bis 97 M., schlesische, pommerische und pommersche Ia. 98—102 M., do. do. 92—96 M., ger. Hofbutter 82—90 M., Landbutter 72—82 M. — Eier. Hochprima Eier 4,35 M., Kalkseier — M. per Schock netto ohne Rabatt.

Gemüse und Früchte. Daberische Speisekartoffeln 1,20—1,60 Mark, do. blaue 1,20—1,60 M., do. weiße 1,20—1,60 M., Rumpische Delikatess 5—6 M., Zwiebeln 8—9,50 M., per 50 Kilogr., Mohrrüben lange per 50 Liter 1 M., Blumenkohl, per 100 Kopf 15—25 M., Kohlrabi, per Schock 0,50—0,60 M., Kopfsalat, inländisch 100 Kopf — M., Spinat per 50 Liter 1,50 M., Kochäpfel — M., Tafeläpfel, tyroler 25—28 M., p. 50 Kilo, Äpfel, per 50 Kilogr. franz. Marbots 28—30 M., franz. Lots 24—26 M., rheinische — M., rumänische — M., Hahnenhühner, rund. Sicilianer 26—28 Mark, do. lang, Neapolitaner 46—50 M., Parmanische 35—48 Mark, franz. Brachmandeln 95—100 Mark. Apfelsinen, Messina, 8,50—12 M., Zitronen, Messina 10—15 M. per 50 Kg.

### Vom Wochenmarkt.

s. Posen, 31. Januar.

Der Zentner Roggen 8,50 bis 8,60 M., Weizen bis 9,25 M., Gerste 7,50—8 M., Hafer 8—8,10 M. Der Zentner Heu 2,70 bis 2,80 M. Das Schock Stroh 42—43 M. Der Alte Markt war mit Kartoffeln schwach besetzt, der Zentner 1,20—1,30 M. Geflügel auffallend wenig. Ein Buttabn bis 9,50 M. Ein Paar Enten 2,50—4 M. Ein Paar Hühner 2,50 bis 4 M. Eier, die Mandel 75 bis 80 Pf. Butter, das Pfund 1 bis 1,10 M. Koch- und Backbutter 85—90 Pf. Wenden und rothe Rüben wenig, 2 mittelgroße Wenden 10 Pf. Ein Kopf Weißkohl 10 Pf. Ein Kopf Rothkohl 8—12 Pf. Ein Kopf Blumenkohl 20—35 Pfennige. Der Auftrieb in Fettfleischweinen nicht bedeutend, der Zentner Lebend-Gewicht 44—46 M. Ferkel nur mäßig angeboten. Ein Paar 8—9 Wochen alt, 35—39 M. Ein Ferkel, 5—6 Monate alt, 40—42 M. Bessere, zur Mast geeignete 46 M. Zuchttauen fehlten gänzlich. Kälber sehr wenig, das Pfund Lebend-Gewicht 24 bis 26 Pfennige. Hammel, das Pfund Lebend-Gewicht bis 22 Pf. Kinder standen gegen 40 Stück zum Verkauf, von 20—26 M. pro Zentner Lebend-Gewicht, ferner einige leichte Milchkühe im Preise von 200—220 Mark. Der Fischmarkt war mit starkem Angebot versehen. Hechte, das Pfund 40—60 Pf. lebende Barsche 35—40 Pfennige. Bleie 30—35 Pf. Karamichen 25—35 Pf. Karpfen 55—65 Pfennige. Zander 45—55 Pfennige. Die Mandel grüne Seringe, 20—25 Pf. Das Angebot auf dem Sapiehadake war

geben, der chemisch zerlegt werden kann. Wird aber, wie wir sehen, das Hefenüßchen durch das Kohlenäurebläschen in eine andere Flüssigkeitsschicht translocirt, so kommt es dort mit frischer Zuckerlösung in Berührung und der Zeretzungsprozeß beginnt aufs Neue, bis schließlich die ganze Würze vergohren ist. Hieraus wird ersichtlich, daß man den gesammten Gährungsverlauf durch mäßige Bewegung (Umrühren z. B.) beschleunigen kann. Die Kohlenäure entweicht auch bei dieser Art der Behandlung der Hefe leichter. Hält man dieses Gas umgekehrt durch Druck zurück, so kann man die Gährung ganz zum Stillstand bringen. Versuche über die Wirkung solcher Prozeduren auf die Qualität des erzeugten Bieres gehören ebenfalls zu den Programmpunkten der neuen Anstalt, von der wir im Obigen gesprochen haben.

Neben der Versuchsbrauerei wird aber, wie schon eingangs betont wurde, auch eine Lehrbrauerei eingerichtet sein, d. h. ein Praktikanten-Laboratorium, welches dazu bestimmt ist, dem fertigen Brauer Gelegenheit zu geben sich in seinem Berufe weiterzubilden. Durch die neue Anstalt wird also im vollen Ernste ein akademisches Studium des Brauwesens möglich sein; es wird im eigentlichen Sinne des Wortes eine Bierwissenschaft geben, deren Jüngern man, ohne ihnen nahe zu treten, die Bezeichnung „Bierstudenten“ beilegen kann, um sie von den Forst- und Bergstudenten zu unterscheiden. Mit der Versuchsbrauerei ist übrigens auch eine regelmäßige Bierproduktion verbunden, deren Betrieb jährlich etwa 7000 Hektoliter (= 140 000 M.) ergeben dürfte.

